

Siegfried Spangenberg
Uhlandweg 2
88239 Wangen

Rede zum Kreishaushalt 2016
am 17. Dezember 2015

„Nichts bessres weiß ich mir an Sonn-und Feiertagen
Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei,
Wenn hinten, weit in der Türkei
Die Völker aufeinander schlagen!

Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus
Und sieht den Fluss hinab die bunten Schiffe gleiten
Dann kehrt man abends froh nach Haus
Und segnet Fried und Friedenszeiten.“

Johann Wolfgang von Goethe, Faust 1 Kapitel 5

Sehr geehrter Herr Landrat Sievers, sehr geehrte Frau Meschenmoser,
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen im Kreistag

Wenn ich mich in meiner voraussichtlich letzten Haushaltsrede hier im Ravensburger Kreistag an erster Stelle mit der Flüchtlingsfrage befasse, so hat dies neben meiner persönlichen Biografie vor allem damit zu tun, dass dies das derzeit drängendste Problem unserer gesamten Gesellschaft ist und uns noch viele Jahre auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen beschäftigen wird.

Und wenn ich mit einem Zitat aus Goethes Faust begonnen habe, so auch deshalb, weil dadurch deutlich wird, wie die Zeiten sich geändert haben. Wenn Goethe in seinem Meisterwerk einen gut situierten Bürger über Krieg und Frieden sinnieren lässt, so mag dessen Stammtischmeinung für die damalige Zeit noch als zutreffend durchgegangen sein. Heute aber, in unserer globalisierten Welt, ist überdeutlich geworden, dass weit entfernte Ereignisse, insbesondere aber Kriege, ihre direkten Auswirkungen auf uns und unsere Gesellschaft haben. Kürzlich wurde dies in der Süddeutschen Zeitung treffend so karikiert: Export Waffen-Import Flüchtlinge. Deutlicher als in vergangenen Jahrhunderten wirkt sich unser egozentrisches Handeln in den Industriestaaten der Nordhalbkugel nicht nur negativ auf die weniger entwickelten Regionen dieser Erde aus sondern wir erfahren mehr und mehr, dass die Rückwirkungen uns immer schneller einholen.

Meines Erachtens sind die derzeitigen Flüchtlingsströme in Richtung Europa nur die Vorboten einer Entwicklung, die sich nur mit einer strukturellen Änderung der ungerechten derzeitigen Weltwirtschaftsordnung ändern oder in andere Bahnen lenken lässt. Und dafür sehe ich leider kaum Anzeichen.

Lassen Sie mich zur Verdeutlichung noch ein anderes Zitat anführen: In einem der großartigsten Dokumente der Menschheitsgeschichte, in der von Thomas Jefferson verfassten und am 4. Juli 1776 in Philadelphia verabschiedeten Unabhängigkeitserklärung der USA heißt es: „We hold these truths to be self-evident, that all men are created equal, that they are endowed by their Creator with certain unalienable Rights, that among these are Life, Liberty and the pursuit of Happiness.“

Verstehen Sie mich bitte richtig, meine sehr verehrten Damen und Herren. Natürlich darf ein Staat

oder eine Staatengemeinschaft regeln, wie der Zuzug von Menschen gesteuert werden soll, die ein unveräußerliches Menschenrecht, nämlich das Streben nach Glück für sich in Anspruch nehmen und deshalb zu uns kommen, ihre Heimat verlassen und dafür große Opfer bringen, Strapazen und oft schmerzliche Enttäuschungen auf sich nehmen müssen und sogar ihr Leben aufs Spiel setzen.

Aber es ist unverzeihlich, wenn dieses Streben nach Glück mit Negativbegriffen wie Asylmissbrauch Wirtschaftsflüchtlinge oder gar Sozialschmarotzer verunglimpft wird.

Und ich bin froh, dass ich diese Wortwahl in unserem Landkreis nur selten und wenn dann meist hinter vorgehaltener Hand oder dem Zusatz „man wird ja wohl noch sagen dürfen“ vernommen habe.

Wir sind in unserem Landkreis inzwischen auf einem guten Weg angelangt, um mit den unbestreitbar großen Problemen, welche die hohe Zahl der auch bei uns ankommenden Flüchtlinge bereiten, im Sinne humanistischen Handelns umzugehen. Nachdem auch bei uns längere Zeit eine Politik der Abschreckung nicht ganz von der Hand zu weisen war, sehe ich inzwischen eine hohe Bereitschaft auf allen kommunalen Ebenen, diese Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen und zu behandeln. Das hat sicher auch damit zu tun, dass die Bevölkerung mit großer Hilfsbereitschaft die zahlreichen Helferkreise unterstützt, die sich allerorten gebildet haben und deren Einsatzbereitschaft entgegen mancher Unkenrufe ungebrochen geblieben ist und – davon bin ich überzeugt – auch bleiben wird. Und dass inzwischen auch in kleinen Gemeinden und den Ortschaften unserer größeren Städte angemessener Wohnraum für Flüchtlinge gesucht und gefunden wird ist Ausdruck dieser positiven Grundhaltung gegenüber den bei uns ankommenden Menschen aus uns oft fremden Kulturen.

Wie diese Menschen bei uns zu integrieren sind, ist allerdings nicht nur eine Frage der menschenwürdigen Unterbringung sondern eine gesamtpolitische Aufgabe, die uns große Anstrengungen auch in finanzieller Hinsicht abfordern wird. Dringend geboten ist es, für ausreichend viele professionelle Sprachkurse zu sorgen; denn eines hat sich längst herausgestellt: Unsere mittelständischen Betriebe sind mehrheitlich offen und gerne bereit für die Beschäftigung von Flüchtlingen in ihren Unternehmen, wenn da nicht die Sprachbarriere wäre. Diese zu beheben haben sich viele ehrenamtliche Deutschlehrer zur Aufgabe gemacht. Aber das genügt bei Weitem nicht. Es kommt auf die regelmäßigen Kurse an, von denen seitens des Landkreises letztes Jahr zu wenige angeboten wurden und zu wenige vorgesehen sind.

Solche Bildungsangebote und Verpflichtungen zum deutsch Lernen sind teuer, sehr teuer. Aber es zu unterlassen oder auch nur halbherzig anzupacken ist auf die Zukunft gesehen weitaus teurer. Und vor allem: je schneller die Integration über das Erlernen der deutschen Sprache geschieht, desto schneller können die Neuankömmlinge in unseren Arbeitsprozess eingegliedert werden und das wieder zurückgeben, was in ihre Integration investiert worden ist.

Auch aus diesem Grund halten wir in der Fraktion eine Erhöhung der Kreisumlage um einen Prozentpunkt für dringend erforderlich. Gewiss, auch unsere Städte und Gemeinden werden jede für sich von dieser Aufgabe stark berührt und zusätzlich belastet. Dennoch ist es der Landkreis, welcher hier die größten Anstrengungen unternehmen muss – je schneller desto besser. Und was der Kreis da organisiert und bezahlt, kommt letztlich den Kommunen wieder zugute.

Sicher, das Land hat zugesichert, spitz abzurechnen und zusätzliche Kosten für die Integration über seine gesetzliche Verpflichtung hinaus zu übernehmen. Aber wir wissen alle, gerade weil es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, dass wir zu den anfallenden Kosten nicht nur ein Scherflein beizutragen haben. Zusätzlich zu den Argumenten, die wir in unserem Antrag schriftlich ausgeführt haben und die auch Landrat Sievers in seiner Stellungnahme zum Haushalt 2016 aufgeführt hat,

ist es dringend geboten, schnell und flexibel seitens des Kreises reagieren zu können, wenn sich Gelegenheiten bieten unkonventionell effektive Sprachkurse einzurichten und dafür gute Kräfte zu gewinnen und zu bezahlen.

Deshalb nochmals der dringende Appell an Sie alle: Stimmen Sie unserem Antrag auf Erhöhung der Kreisumlage um einen Prozentpunkt schon in diesem Haushaltsjahr zu. So haben wir im Kreistag dann auch die Möglichkeit, die nötigen Ausgaben für eine effektive Integrationspolitik von der Verwaltung einzufordern.

Ehe ich zu unseren anderen Anträgen komme, möchte ich noch das Thema OEW ansprechen, das durch das“ Gesetz zur Nachhaftung für die Rückbau- und Endlagerkosten im Kernenergiebereich“ am 14. Oktober 2015 durch das Kabinett in Stuttgart auf den Weg gebracht worden ist. Hier vertritt unsere Fraktion eine ganz klare Meinung: Jahrzehntlang haben wir im Landkreis durch unsere Mitgliedschaft in der OEW von den jährlichen millionenschweren Zuschüssen für den Kreishaushalt profitiert. Wenn sich das nun wegen der allen bekannten Veränderung der Energiepolitik geändert hat und sogar eine Beteiligung des Landkreises an den Endlagerkosten für Atommüll droht, falls die Rücklagen der EnBW nicht ausreichen sollten und der Konzern zahlungsunfähig wird (was wir nicht erwarten, was aber nicht völlig auszuschließen ist) falls also dieser GAU eintreten sollte, dann können wir uns der Verantwortung nicht vorab entziehen, dass wir vorbeugend die OEW verlassen.

Und das sagen wir ganz bewusst als Grüne, welche die Atompolitik der Vergangenheit stets für falsch und gefährlich bezeichnet haben. Wir unterscheiden uns da ganz deutlich von der organisierten Verantwortungslosigkeit der bayrischen Staatsregierung, welche sogar die ergebnisoffene Suche nach einem Endlager für Atommüll auf ihrem Territorium ablehnt, obwohl sie wie keine andere politische Kraft diese Atompolitik zu verantworten hatte und von ihr profitiert hat.

Genauso, wie wir das Bahnprojekt Stuttgart 21 nach wie vor für eine Fehlentscheidung halten und dennoch als Regierungspartei seit 2011 dafür die Verantwortung übernehmen mussten und übernommen haben halten wir es auch mit der Verantwortung für die Folgen der von uns abgelehnten Atompolitik. Und wir hoffen, dass auch die anderen Fraktionen im Kreistag diese Haltung teilen.

Unsere Anträge zum Kreishaushalt 2016 liegen ihnen schriftlich vor. Sie werden nun mündlich von mir begründet und wir bitten um Zustimmung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit
Siegfried Spangenberg